

| Prüfungsfach | Examinator | Fragestellung | Antwort |
|------------------------------------|------------|--|---|
| Bern. Staats- und Verwaltungsrecht | Nuspliger | Bekanntgabe SV: Baurechtlicher Fall A beantragt Umbau eines bestehenden Hauses Bewilligung des Anbaus für Wohn- und Geräteraum. Anschliessend hat A dem Wohnteil bewusst Geräte zugeräumt. Bei einer Inspektion wird ein A ein Benützungsverbot sowie die Anordnung des rechtlichen Zustandes auferlegt. Was machen Sie als Anwalt von Herrn A? | <ul style="list-style-type: none"> - Gegen Verfügung zur Wehr setzen - im baupolizeilichen Verfahren, BauG 45ff. - Mein Klient ersucht um Projektänderung anstelle des geforderten Rückbaus, dies muss er innert 30 Tagen tun. Gesuch - Gesuch um nachträgliche Baubewilligung einreichen |
| | | Wo muss er das Gesuch einreichen? | bei der ursprünglichen Baubewilligungsbehörde |
| | | Beschwerdeinstanz gegen Verfügung | BVE, Art. 49 BauG |
| | | Wie steht es mit dem Benützungsverbot? | Es stellt sich die Frage, ob ein Antrag auf Erlass einer vorsorglichen Massnahme angezeigt ist, damit mein Klient Wohnraum sofort nutzen kann Die Verfügung ist sofort vollstreckbar, Art. 46 Abs. 1. Es handelt sich um eine negative Verfügung, welcher die aufschiebende Wirkung nicht zuerkannt wird. Ein nichtexistentes Recht kann nicht durch aufschiebende Wirkung erzwungen werden. Deshalb hat die vorsorgliche Massnahme keine Chancen, die Baurechtswidrigkeit in diesem Moment ist erstellt, VRPG 27 in Bezug auf die vorsorgliche Massnahme. Wird wahrscheinlich nicht bewilligt |
| | | Wie steht es mit den Chancen? Hat Beschwerde nicht aufschiebende Wirkung? | |
| | | Ist das vorsorgliche Benützungsverbot unverhältnismässig? | Nein, es ist nur ein Anbau, den er als Wohnraum benützt. Den Rest kann er nutzen. |
| | | Hat auch der Bösgläubige Anspruch? | In einem engen Rahmen, auch A hat Anspruch auf das Einhalten der Verhältnismässigkeit. Das Benützungsverbot hat A nicht laut SV nicht dermassen erschwert |
| | | Nächste Instanz | Baugericht, Art. 49 Abs. 2 BauG |
| | | Selbe Beschwerde im selben Verfahren | Vor Verwaltungsgericht ist das nicht mehr möglich. Bis vor Beschwerdeverfahren ist das möglich, das Verwaltungsgericht würde zurückweisen, es kann sich nicht selbst mit Projektänderung befassen |
| | | Chancen des Herrn A | Anderes Zimmer als Geräteraum, beides im Nutzungsbereich des Wohnens, zusätzlicher Wohnraum, dies ist eigentlich kein Problem, beides Bruttogeschosswohnflächen, deshalb von Aussennutzung kein Problem |
| | | Staatsrecht: Nach welchen Regeln werden Mitglieder des Regierungsrates gewählt | Nach dem Majorsverfahren, ganzer Kanton ein Wahlkreis, Spezialität Berner Jura, die kantonale Verfassung beinhaltet eine Zusicherung zu Gunsten des Berner Juras auf einen Sitz, Sitz wird mittels geometrischen Mitteln bestimmt, die Wurzel wird gezogen, das höchste geometrische Mittel |
| | | Jura-Sitz auch garantiert unter den Bedingungen | Ja, dann müsste man die Regeln ändern. Denjenigen nehmen mit den meisten Stimmen, höchstes geometrisches Mittel |

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | <p>des Proporzverfahrens</p> <p>Bedeutung Art. 80 Abs. 2 der Verfassungsbestimmung</p> <p>Was ist neu?</p> <p>Was ist das Kollegialitätsprinzip?</p> | <p>In Verbindung mit Bestimmung in Grossratsgesetz, Art. 63 Abs. 2 Motion den Charakter einer Weisung, sofern er selber zu entscheiden hat</p> <p>Art. 80 Abs 1 Satz 2, Parlament. Instrumente auch tauglich im Bereich, die Regierungsrat entschieden hat. Motion kommt Weisung in einem Dienstverhältnis gleich, Regierungsrat hat sich an Weisung des Grossen Rats zu halten, er hat keine Befugnisse zu entscheiden, ob er dies jetzt behandeln will, abschliessend zu entscheiden, deshalb Charakter einer Weisung</p> <p>Frage der Gewaltenteilung, Regierungsrat kann Motion machen, aber keinen verpflichtenden Charakter, sondern nur richterlichen Charakter. Er kann aber es aber durchsetzen, indem er das Gesetz abändert, dass dies nötig ist. Der Grossrat kann das Gesetz so ändern, dass die Verordnung gesetzeswidrig wird. Unmittelbar kann er aber nicht eingreifen. Dies ist Ausfluss der Gewaltenteilung</p> <p>In Art. 3 des Organisationsgesetzes ist dies geregelt. Im Kollegium getroffene Entscheide werden nach aussen gemeinsam vertreten. Ausnahme: wenn gute Beweggründe gegen Beschluss, dann kann man dazu Stellungnehmen, wenn bspw. In sozialetische Überzeugung betroffen ist.</p> |
| | | | |

| Prüfungsfach | Examinator | Fragestellung | Antwort |
|-------------------|------------|--|--|
| Strafprozessrecht | Grädel | Legt Gesetzestexte vor Kann im Strafbefehl die Landesverweisung ausgesprochen werden? | Nein, weil es sich dabei nicht um einen strafrechtlichen sondern um einen verwaltungsrechtlichen Entscheid handelt |
| | | In 66a geregelt bei den sog. vorsorglichen Massnahmen | Strafe von 15 Jahre, Strafbefehl mit 66a nicht möglich |
| | | In Durchsetzungsinitiative war es so vorgesehen | Effizienzgedanke, evtl. ginge das aber zu weit in Hinsicht auf die Kompetenzen der StA |
| | | Katalog, Absehen wenn besondere Umstände. Wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind. Strafbefehlsverfahren? | Gesetz sagt, dies liegt in der Kompetenz des Gerichts, die Staatsanwaltschaft wird nicht erfasst vom Wortlaut. Trotz umfassender Befugnis der StA gilt sie nicht als Gericht im Gesetz |
| | | Angenommen StA darf dies... Dokumentation in Strafbefehlsverfahren in Dispo, reicht das, wenn Verzicht? Braucht es eine besondere Erwägung im Dispositiv | Aus dem Blickwinkel des Beschuldigten wäre dies nicht nötig evtl. für die Migrationsbehörden, als Info. Wegen dem Widerruf würde es jedoch Sinn machen, dass der Verzicht auf Landesverweisung kurz begründet wird |
| | | Gibt es ein Rechtsmittel gegen den Verzicht auf die Anordnung der Landesverweisung? | Art. 382, allgemeine Bestimmung, d.h. nein, Strafbefehlsverfahren 354, Frage ob der PK als weiterer Betroffener nach Abs. 1 gilt? Dieser gilt grds. Als Betroffener, aber nur in Bezug auf die Zivilklage. |
| | | Und gegen die Sanktion, Einsprache? | Gewöhnliche Rechtsmittelmöglichkeiten gelten hier. 382.2 danach kann nicht angefochten werden. |
| | | Ist Landesverweisung eine Sanktion oder ein Schuldpunkt? | Dann kann er das nicht anfechten, da als Sanktion gilt |
| | | Könne im Strafbefehlsverfahren Zivilansprüche gestellt werden? | Ja, Art. 353 Abs. 2, die nicht anerkannten werden auf den Zivilweg verwiesen |
| | | Wirkung der Vorbemerkung der Anerkennung | Schuldanerkenntnis, Strafbefehl als definitiver Rechtsöffnungstitel |
| | | Wird über Zivilforderung Beweis geführt | Im Rahmen der normalen Beweiserhebung |
| | | Wie wenn Brief nicht zugestellt und diese nicht | Musste er mit Zustellung rechnen? (Prof: bei der Befragung informiert). Ohne Hinweis, |

Datum: 19.12.2016

Uhrzeit: 08.00

Zimmernummer: 3

abgeholt

Beschwerdekammer hat anders entschieden..

dass es als Beschuldigter gilt reicht das nicht, ansonsten muss er mit Zustellung rechnen.

| Prüfungsfach | Examinator | Fragestellung | Antwort |
|------------------|------------|--|---|
| ZPO/SchKG | Brönnimann | <p>Aktionärsbindungsvertrag zwischen A AG und B AG A AG kündigt aus wichtigen Gründen die ABV. B AG will das nicht akzeptieren. Normal 1 Jahr Kündigungsfrist Sie vertreten B AG, ist der Aktionärsbindungsvertrag noch gültig?</p> <p>Es ist aber auch umstritten, ob Kündigung überhaupt möglich. Im Vertrag steht nichts über wichtigen Grund</p> <p>Annahme, dass in 2 Monaten an der nächsten GV Vertreter der B AG wählen. A AG sagt wir wählen nicht euren Vorschlag. Dies war jedoch vertraglich vereinbart</p> <p>Wenn keine Dringlichkeit, B AG will nur wissen ob ABV gültig ist. Wo einreichen & sachliche Zuständigkeit</p> <p>Ist Streitwert erfüllt</p> <p>Jetzt sind Sie Anwalt der beklagten A AG</p> <p>Förmliche Eingabe? FAX, Mail?</p> <p>Und was ist mit penderter förmlich laufender Klageantwortfrist</p> <p>Wenn verpassen oder NE, welche Situation als Beklagte?</p> <p>Wie weiter? Sachliche Zuständigkeit nicht gegeben</p> | <p>A AG aus wichtigem Grund per sofort. Möglichst schnell gerichtliche bewirken, dass A AG sich an V hält. Welche gerichtlichen Vornahmen sind zu treffen, dass die Einhaltung gesichert werden kann.</p> <p>Ich würde namens und im Auftrag meines Klienten den Erlass einer vorsorglichen Massnahme, einer sichernden Massnahmen gem. 262 ZPO und A AG verpflichten zu wollen, den Vertrag einzuhalten.</p> <p>Beantrage, dass A AG diesen ABV einhält. In Rechtsbegehren II beantrage ich, die A AG i.S. des Vertrags zu verpflichten, das Mitglied des VR zu wählen unter Strafandrohung StGB 292, dies beantrage ich mit Rechtsbegehren III superprovisorisch, also ohne Anhörung</p> <p>Dann auf ordentlichem Weg klageweise feststellen lassen, ob wichtiger Grund bzw. Thema der Feststellungsklage ist, ob der ABV gültig ist. Kt Bern kennt Handelsgericht, Art. 6 Abs. 4 lit. B, aber hier Abs. 2, da es eine OR Streitigkeit ist.</p> <p>Die Grenze liegt bei 30'000.00, siehe Art. 74 Abs. 1 lit. B BGG.</p> <p>Klageantwortfrist läuft. RB I sachliche Zuständigkeit BGer, Prozessvoraussetzung fehlt, auf Klage ist nicht einzutreten & evtl. abzuweisen</p> <p>Dass zum materiellen nicht Stellungnahme, beantrage nach 125 zur Vereinfachung des Prozesses</p> <p>förmlich</p> <p>erstrecken lassen oder auf Verfahrens Antrag eventualiter Fristerstreckung</p> <p>Frist zur Einreichung der Klageantwortfrist, 182 ZPO als Hilfe/Notanker für die kurze Frist, trotzdem schöner wenn Fristerstreckung eventualiter beantragt wird</p> <p>Einführungsgesetz Art. 12 EG ZSG, Instruktionsrichter</p> |

Datum: 19.12.2016

Uhrzeit: 08.00 Zimmernummer: 3

Wer entscheidet, ob zuständig?

Anfechtbarkeit des Zwischenentscheids?

Instruktionsrichter, Entscheid selber macht dann wieder das Kollegialgericht
BGer: Zuständigkeit bejaht durch Gericht (Handelsgericht)

BGG, dort steht, ob er es anfechten kann oder nicht.

| Prüfungsfach | Examinator | Fragestellung | Antwort |
|--------------|------------|--|--|
| Steuerrecht | Häberli | Bekanntgabe des SV, welche Steuern kommen für Frau X in Frage | Stellt sich die Frage, ob Grundstückgewinnsteuer für das 1. Geschäft. Für das 2. Geschäft: Steuerfolgen in Form von Handänderungssteuern, eil evtl. TB wonach erste 1800.00 geschuldet, weil grundsätzlich nach Handänderungsgesetz trifft sie die Steuerpflicht als Rechtserwerberin. |
| | | Wo im Bundesrecht geregelt? | Kanton Bern StG 1, Im Bundesrecht ist dies nicht geregelt |
| | | Verzicht auf Steuer für reiche Leute | Verzicht nur, wenn derogierendes Bundesrecht nicht verstossen wird. Im DHG ist halt normiert, dass Grundstückgewinnsteuer zu erheben ist. |
| | | In Bezug auf Steuerfolgen auf Gewinnsteuer | Frage wie hoch Anschaffungspreis und Anlagekosten. Anhand dieser Angabe errechnen, ob überhaupt Pflicht zur Grundstücksteuer |
| | | Was sind Anlagekosten? | Setzt sich zusammen aus Erwerbspreis & Aufwendungen, Art. 142 StG |
| | | Relevante Aufwendung? Investitionen zur Verbesserungen der Liegenschaft | Unterscheiden zwischen wertvermindernden Aufwendung und werterhaltenden Aufwendungen, welche in den jeweiligen Steuerperiode (entscheidend ist Rechnungsdatum) |
| | | Zusatzinfo | Erwerbspreis = 400000, saniert. Fragen wie viel damals schon abgezogen werden durften, ob evtl. fall der Dumont-Praxis vorliegt. |
| | | Dumont-Praxis: Wie gross ist Wahrscheinlichkeit, dass nicht zum Abzug bringen; auf welche Liegenschaft findet diese Praxis Anwendung | Auf solche, die seit Jahren nicht renoviert wurden. Verhindern, dass grosse Abzüge |
| | | Zeitfenster der Dumont-Praxis | Kanton Bern 2009, Bund 2008 Anschaffung 2000, Bund 2002 |
| | | Dumont-Praxis durch Rechtsprechung begründet. Wie wurde sie abgeschafft? | Die Rechtsprechung hat Eingang ins Gesetz gefunden DBG |
| | | Wie hoch sind Anlagekosten der verkauften Liegenschaft, wenn keine Abzüge und in Bezug auf Handänderung 2000 | Der Erwerb 4000, Änderung 2000, Anlagekosten 820000.00 |
| | | Wie hoch Nettogewinnsteuer | -20000.00, das heisst sie hat keine Steuerpflicht |
| | | Verkauf der Wohnung in Thun, Folgen? | Prima vista Rohgewinn 200000.00 plus Kostenübernahme -> 90000.00 wäre |

Datum: 19.12.2016

Uhrzeit: 08.00 Zimmernummer: 3

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | <p>Wie komme ich vom Rohgewinn auf den steuerbaren Grundgewinn</p> <p>20000 steuerbarer Grundgewinn. Welche Frage stellt sich sonst noch?</p> <p>Und im Hinblick auf das Gesamte, in Bezug auf die Besitzeslage</p> <p>Besitzesdauerabzug...</p> | <p>Rohgewinn Art. 146 StG, Einheitsansätze Verlustanrechnung oder Besitzessteuerabzug denkbar, 20000.00 Verlust, die erlitten bei Verkauf, kann sie hier zur Anrechnung bringen</p> <p>Spekulationszuschlag, Zuschlag von 70% auf den Steuern ertragen muss</p> <p>Keine Spekulation an der Liegenschaft, jeweils selber bewohnt, es ging ihr nicht um den Gewinn (bzgl. Zuschlag)</p> |
|--|--|--|--|